

Was kommt nach der KPdSU?

Die neuen politischen Kräfte in Rußland, der Ukraine und Weißrußland

Der gescheiterte Putsch vom August hat in der Sowjetunion als Katalysator gewirkt. Innerhalb weniger Wochen sind die bisherigen Grundstrukturen des sowjetischen Systems auseinandergebrochen. Das gilt vor allem auch für die beherrschende Stellung der Kommunistischen Partei. Welche politischen Kräfte werden nach der KPdSU das Bild bestimmen? Eberhard Schneider vom Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien stellt die wichtigsten der zahlreichen neuen Parteien und Bewegungen in Rußland, der Ukraine und Weißrußland vor. Im Frühsommer dieses Jahres konnte er während einer längeren Reise durch die Sowjetunion zahlreiche Gespräche mit führenden Vertretern der neuen politischen Parteien und Bewegungen führen.

Gorbatschows Rücktritt als Generalsekretär der KPdSU, seine Empfehlung an das ZK der KPdSU, sich selbst aufzulösen, die Aussetzung der Tätigkeit der KPdSU sowie der KPs der meisten Unionsrepubliken, das Verbot der KPdSU-Arbeit im Staatsapparat und dazu in der RSFSR auch in den Betrieben, die Versiegelung des Gebäudes des ZK der KPdSU am Alten Markt in Moskau, das Einfrieren der Bankguthaben der KPdSU und die Unterstellung des Parteivermögens unter die Parlamente der Unionsrepubliken bedeuten das Ende der KPdSU. Dieses Ende zeichnete sich schon länger ab, wenn es auch ohne den Putsch vom August nicht so schnell gekommen wäre. Was die Putschisten verhindern wollten, haben sie sozusagen in geschichtlicher Dialektik beschleunigt, die Ruinierung ihrer eigenen Partei. Selbst wenn die Untersuchung wahrscheinlich ergeben sollte, daß die KPdSU nicht als ganze Partei in den Putsch verwickelt war, so waren es doch ihre Spitzenfunktionäre. Außerdem ist sie bei der Bevölkerung in einem solchen Maße diskreditiert, daß der Aussetzung der Tätigkeit der KPdSU ihre Selbstauflösung folgen wird.

Wenn es nicht zum Putsch gekommen wäre, hätte die KPdSU bei Wahlen zum neuen Parlament einer wie auch immer gearteten Rest-UdSSR im kommenden Jahr wohl nur noch 10 Prozent der Stimmen erhalten. Selbst nicht einmal alle KPdSU-Mitglieder hätten für ihre Partei votiert. Keine demokratische Partei, erst recht nicht die neuen Gruppierungen auf dem rechten äußeren Rand des politischen Spektrums, wäre bereit gewesen, die KPdSU in irgendeine Koalition einzubeziehen.

Konservative und Demokraten in der KPdSU

Wieso konnte die bis vor kurzem noch so mächtige Partei plötzlich auf dem Abfallhaufen der Geschichte – um ein Wort des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Reagan zu verwenden – landen? Der eigentliche Grund liegt dar-

in, daß sich – was einige Spitzenfunktionäre der Partei Anfang Juni in Moskau im Gespräch zugaben – die KPdSU dem Wunschdenken hingegeben hat. Sie hat die Entwicklungen in der Gesellschaft nicht wahrgenommen. Die KPdSU hatte in den letzten Monaten vier Millionen Mitglieder verloren, bildete aber mit 15 Millionen immer noch die stärkste politische Gruppierung im Land. Viele Parteimitglieder zahlten keine Mitgliedsbeiträge mehr. Während sie früher deshalb aus der Mitgliedsliste gestrichen wurden, bat sie inzwischen die KPdSU, doch in der Partei zu bleiben, um eine hohe Mitgliederzahl vorweisen zu können.

Die KPdSU bestand in der letzten Zeit ohnehin aus mehreren Parteien. Auf dem ZK-Plenum am 25. April 1991 hatte Gorbatschow bereits erklärt, vor ihm säßen Vertreter nicht einer, sondern von zwei, drei oder vier Parteien. Die Partei war vertikal und horizontal gespalten. Die vertikalen Spannungen bezogen sich auf die Differenz zwischen einer KP, die sich als eine unionsweite Partei begriff, und einer KP, die diesen Anspruch nicht mehr erhob und sich deshalb nur noch als eine Republikspartei verstand.

Die horizontalen Spannungen innerhalb der KPdSU bestanden hauptsächlich zwischen den *Konservativen* und den *Demokraten*. Die Konservativen wollten das stalinistisch-breschnewistische System der gesellschaftlichen Beziehungen bewahren bzw. wiederherstellen, wie der Putsch zeigte, notfalls auch mit Gewalt. Sie genossen wenig Rückhalt und hatten in normalen Zeiten keine besondere Perspektive. Die Demokraten in der KPdSU formierten sich in den Reformströmungen „Demokratische Bewegung der Kommunisten“ und „Kommunisten für Demokratie“.

Die „Demokratische Bewegung der Kommunisten“ setzte in der KPdSU die Politik der „Demokratischen Plattform in der KPdSU“ fort. Diese war auf dem 28. KPdSU-Kongreß im Juli 1990 aus der Partei ausgetreten, weil Gorbatschow nicht ihre politischen Positionen übernommen hatte bzw. übernehmen konnte. Aus der „Demokratischen Plattform in der KPdSU“ gingen Ende vergangenen Jahres die „Republikanische Partei“ in der RSFSR und die „Partei der demokratischen Wiedergeburt der Ukraine“ hervor. Die „Demokratische Bewegung der Kommunisten“ forderte die Demokratisierung der KPdSU, die Überwindung der unbeweglichen Verwaltungsstrukturen in der Partei und die Durchführung wirklicher politisch-ökonomischer Reformen. Vertreter der „Demokratischen Bewegung der Kommunisten“ waren in höchsten Parteipositionen sowie in der Programmkommission zu finden und spielten dort eine wichtige Rolle.

Die „Kommunisten für Demokratie“ entstanden im April 1991 als Reformströmung unter den KPdSU-Mitgliedern im Kongreß der Volksdeputierten der RSFSR. Anfang

August vollzogen sie mit der Gründung der „Demokratischen Partei der Kommunisten Rußlands“ innerhalb der KPdSU einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Bildung einer selbständigen Partei. An der Spitze der „Kommunisten für Demokratie“ steht Oberst *Aleksandr Ruzkoj*, Jahrgang 1947, ein ehemaliger Afghanistan-Kämpfer und Jagdbomberkommandant. Jelzin gewann ihn in einem geschickten Schachzug für die Vizepräsidentenskandidatur, weil er für seine Politik im Obersten Sowjet der RSFSR auch einen Teil der Stimmen der Kommunisten brauchte. Außerdem konnte er auf diese Weise die Fraktion der Kommunisten sowie die Militärs spalten. Am 12. Juni 1991 wurde Ruzkoj zum Vizepräsidenten der RSFSR gewählt.

In den republikanischen und regionalen Sowjets sind die Kommunisten unterschiedlich stark vertreten. Sie bilden selten eigene Fraktionen, weil nicht alle KPdSU-Mitglieder ihr beitreten wollten. Die Sitzweise nach Gebieten und nicht nach Fraktionen in den Sowjets machte es den Kommunisten leichter, gegen die eigene Partei mit den Demokraten zu stimmen, was ein Teil von ihnen immer tat.

Gorbatschows Versuch einer Sozialdemokratisierung der KPdSU durch das neue Parteiprogramm – der letzte Entwurf wurde Anfang Juli veröffentlicht – kam zu spät. In der Zwischenzeit begann sich die Parteienomenklatur zu einer Nomenklaturbourgeoisie zu wandeln: KPdSU-Funktionäre gründen in zunehmendem Maße unter Verwendung von Parteigeldern und Parteigebäuden eigene Firmen oder Joint ventures mit westlichen Firmen.

Die KPdSU war keine politische Partei, sondern im Grunde eine Art *Staatsstruktur*. Vielleicht wird eine Gruppe von Reformkommunisten eine neue demokratische Linkspartei gründen. Diese würde – Zulauf vorausgesetzt – in einem Konkurrenzverhältnis zur Republikanischen Partei der Russischen Föderation und der Partei der demokratischen Wiedergeburt der Ukraine, wahrscheinlich auch der Sozialdemokratischen Parteien Rußlands und der Ukraine sowie der Weißrussischen Sozialdemokratischen Partei (Gromada) stehen. Möglicherweise gibt es dann auch Fusionen von Parteien in diesem politischen Spektrum. Was die kleine Gruppe der orthodoxen Kommunisten betrifft, so wäre es gut, wenn sie sich auch organisieren würden. Eine solche Partei-Gründung wäre besser kontrollierbar als „frei schwebendes“ reaktionäres Potential und würde einem nicht auszuschließenden politischen Terrorismus vorbeugen.

Das Parteienspektrum in Rußland

Politische Grundlage für das Entstehen von neuen politischen Parteien war der Verzicht der KPdSU auf dem Plenum ihres Zentralkomitees vom 5. bis 7. Februar 1990 auf die Verankerung ihres Führungsanspruchs in Artikel 6 der Verfassung der UdSSR. Die rechtliche Grundlage für die Einführung des Mehrparteiensystems bildete die Neufassung von Artikel 6 der Verfassung der UdSSR am 14.

März 1990 (Wedomosti SSSR 1990, Nr. 28, Pos. 538) und die Verabschiedung eines Gesetzes über die gesellschaftlichen Vereinigungen am 15. Oktober 1990 (Prawda, 16. 10. 1991). Die politischen Ziele einer Partei dürfen demnach nicht der sowjetischen Verfassung widersprechen. Die Unionsrepubliken haben unterschiedliche Mitgliederzahlen festgelegt, welche eine Partei mindestens vorweisen muß, um sich registrieren lassen zu können. Von den drei slawischen Unionsrepubliken weist die Ukraine mit 3000 die höchste auf.

Die *Russische christlich-demokratische Bewegung* (RChDB) wurde am 7.–9. April 1990 in Moskau als Partei (Ustav Rossijskogo christianskogo demokratitscheskogo dwschenija [RChDD], in: Rossijskoje christianskoje demokratitscheskoje dwschenije. Sbornik materialow. Moskau 1990, S. 41). gegründet und zählt 15 000 Mitglieder, hauptsächlich Intellektuelle (Wissenschaftler, Juristen, Ärzte, Künstler und Priester), kaum Arbeiter. Es wurden die drei Ko-Vorsitzenden *Wiktor Akesjuschiz* (Jahrgang 1949, Weißrusse, Deputierter des Volkskongresses der RSFSR und Leitungsmitglied eines sowjetisch-panamesischen Joint ventures in Moskau), *Gleb Anischtschenko* (christlicher Schriftsteller und Publizist in Moskau) und *Wjatscheslaw Polossin* (Jahrgang 1956, Priester, Vorsitzender des Komitees für Gewissensfreiheit des Obersten Sowjet der RSFSR) gewählt.

Die RChDB ist eine *Weltanschauungspartei*. Ihr politisches Ziel ist die Umgestaltung des gesamten Lebens des Landes nach den Normen der christlichen Moral. Politisch tritt die RChDB für die Schaffung einer parlamentarischen Demokratie, eines Rechtsstaates und einer Bürgergesellschaft ein. Ordnungspolitisch ist die Partei für eine soziale Marktwirtschaft, die auf Privateigentum und christlicher Gerechtigkeit sowie auf Konkurrenz und Solidarität basiert. Alle Eigentumsformen sollen gleichberechtigt sein bei einer konsequenten Anti-Monopol-Gesetzgebung. Den nationalen Minderheiten in der RSFSR wird das Recht auf nationale Autonomie garantiert. In einem eigenen Ökologie-Abschnitt wird eine Umweltgesetzgebung gefordert. Die RChDB unterhält gute Beziehungen zu den anderen demokratischen Parteien. Mit einem schnellen politischen Erfolg rechnet sie nicht.

Die am 4./6. Mai gegründete *Sozial-demokratische Partei der Russischen Föderation* (SDPR) zählt heute 5000 Mitglieder. Nach einer Ende 1990 durchgeführten Umfrage würde die SDPR bei Wahlen ca. 5 Prozent der Stimmen bekommen. Auf ihrem III. Parteitag in Leningrad vom 29. April bis 3. Mai 1991 wurden u. a. die fehlende nationale und kulturelle Identität der Russen diskutiert bis hin zur Überlegung, ob man angesichts der Selbständigkeitsbestrebungen der Autonomen Republiken der RSFSR nicht auch eine Russische Autonome Republik gründen soll. Ferner wurden die drei Ko-Vorsitzenden *Oleg Rumjanzew* (Jahrgang 1961, Volksdeputierter der RSFSR und Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der UdSSR), *Leonid Wolkow* (Jahrgang 1929,

Volksdeputierter der RSFSR sowie Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für die Information auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften der Akademie der Wissenschaften der UdSSR) und *Boris Orlow* (Jahrgang 1930, Professor und Sektorleiter in diesem Institut) gewählt. Bis 1968 arbeitete Orlow als Journalist. Diese Tätigkeit mußte er aufgeben, weil er sich nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen im August 1968 in die Tschechoslowakei weigerte, darüber aus Prag für seine Zeitung „Iswestija“ zu berichten. Rumjanzew gehörte zu den russischen Politikern, die in den August-Tagen des Staatsstreiches vor dem „Weißen Haus“ Panzerbesatzungen zum Überlaufen zu Jelzin überredeten.

Das auf dem III. SDPR-Kongreß am 2. Mai 1991 gebilligte 81seitige Parteiprogramm „Weg des Fortschritts und der sozialen Demokratie“ fußt auf den gleichberechtigten, sich gegenseitig bedingenden Grundwerten „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“. Das politische Ziel der Partei ist die Errichtung einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie in Rußland. Das Mittel dazu ist eine „soziale und rechtliche Revolution“. Die Partei bekennt sich zum weltanschaulichen Pluralismus und zur ideologischen Neutralität. In der Wirtschaft strebt die SDPR eine demokratische Form der Privatisierung an und spricht sich gegen den „Nomenklatur-Kapitalismus“ aus. In der begrenzten Periode der Entstaatlichung des grundlegenden Teils des Eigentums sollen die Arbeitskollektive bevorzugt werden. Die Russische Föderation schließt die Gewährung breiter national-kultureller Autonomie ein.

Das SDPR-Programm paßt weder in die Logik der traditionellen westeuropäischen Sozialdemokratie (Arbeiterpartei, Reformierung des Kapitalismus, marxistische Methodologie), noch enthält es Programmelemente heutiger westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien in einer postindustriellen Gesellschaft mit übernationaler Orientierung. Vielmehr entspricht das Programm der gegenwärtigen Situation in Rußland und ist eher sozial-liberal als sozial-demokratisch ausgerichtet.

Erfolge kann die SDPR in der parlamentarischen Arbeit verzeichnen. Dort besetzen ihre Mitglieder strategisch wichtige Positionen wie beispielsweise Rumjanzew und Wolkow in der Verfassungskommission der RSFSR. Die russischen Sozialdemokraten hatten auch die Anregung zur Erklärung der Souveränität der RSFSR am 12. Juni 1990 gegeben. Bei den Präsidentschaftswahlen unterstützte die Partei nach hartem internem Ringen Jelzin. Jelzin, der bisher die Verfassungskommission leitete, bekannte sich in einer Pressekonferenz mit ausgewählten ausländischen Journalisten zu den politischen Positionen der Sozialdemokraten, auch wenn er vorerst parteilos bleiben wollte.

Die „Demokratische Partei“ hat die meisten Mitglieder

Die *Demokratische Partei Rußlands* (DPR), die am 26./27. Mai 1990 in Moskau gegründet wurde, ist mit

rund 45 000 Mitgliedern die stärkste unter den neuen Parteien und mit etwa 550 Untergliederungen in allen Gebieten der RSFSR vertreten. 70 % der DPR-Mitglieder weisen ein Hochschulstudium auf, und 12 % sind Frauen. 10 % der Parteimitglieder sind Geschäftsleute und 17 % Arbeiter. Umfragen zufolge hätte die Partei bei Wahlen im Oktober 1990 32 Prozent der Stimmen erhalten.

Zum Parteivorsitzenden wurde *Nikolaj Iljitsch Trawkin* gewählt. Er wurde 1946 geboren und absolvierte das Kolomensker Pädagogische Institut. Innerhalb von drei Jahren vollzog sich seine steile Karriere vom Brigadier zum Stellvertretenden Minister. Er ist „Held der sozialistischen Arbeit“, gehörte bis zum Frühjahr 1990 der KPdSU an und absolvierte die Moskauer KPdSU-Parteihochschule. Trawkin ist Deputierter sowohl des Obersten Sowjet der UdSSR als auch der RSFSR.

Das Programm der Partei (*Demokratitscheskaja gaseta*, 1991, 6[9], S. 10 f.) – von dem bekannten Publizisten *Igor Kljamkin* verfaßt – wurde erst auf dem II. Parteitag am 28. April 1991 in Moskau verabschiedet. Eine Gruppe um den Schachweltmeister *Garri Kasparow*, der die Partei bisher auch großzügig finanzierte, verließ die DPR, nachdem ihr radikaleres Programm auf dem Parteitag keine Mehrheit gefunden hatte. Die DPR versteht sich als eine Partei, für welche die Freiheit des Menschen der höchste Wert ist. Sie läßt sich von folgenden Grundsätzen leiten: Der Mensch hat von Geburt an individuelle Freiheiten (wirtschaftliche, politische, konfessionelle usw.). Hauptgarant dieser Freiheiten ist die Bürgergesellschaft. Freies und konkurrierendes Unternehmertum auf der Grundlage des Privateigentums entfaltet das schöpferische Potential des Menschen. In der nationalen Frage tritt die DPR für den Erhalt der RSFSR ein. Ein neuer Unionsvertrag soll unterzeichnet werden.

Die Anhänger der „Demokratischen Plattform in der KPdSU“ der RSFSR gründeten am 17./18. November 1990 in Moskau die *Republikanische Partei der Russischen Föderation* (RPRF) (*Nesawisimij zentr partijno-polititscheskoj informazii* [Hg.], *Bjulleten partijno-polititscheskoj informazii*. Moskau. 1, 1990, S. 5–7). Die Mitgliederzahl der Partei wurde von führenden RPRF-Vertretern mit ca. 12 000 in 50 Autonomen Republiken und Gebieten der RSFSR angegeben. Es sind vor allem Angehörige der Intelligenz und Facharbeiter. Es wurden die drei Ko-Vorsitzenden der RPRF *Wladimir Lysenko* (Jahrgang 1956, Deputierter des Volkskongresses der RSFSR und Dozent am Moskauer S. Ordschonikidse-Luftfahrt-Institut), *Wladislaw Schostakowskij* (ehemaliger Rektor der Parteihochschule der KPdSU in Moskau) und *Stepan Sulakschin* (Jahrgang 1954, Mitglied des Komitees des Obersten Sowjet der UdSSR für Fragen der Wirtschaftsreform sowie Laboratoriumsleiter im Forschungsinstitut für Kernphysik in Tomsk) gewählt.

In ihrem Aktionsprogramm verkündet die RPRF als politisches Ziel die Wiedergeburt der Russischen Föderation, die Schaffung einer Bürgergesellschaft sowie eines Rechtsstaates auf der Grundlage der allgemeinschli-

chen Werte, der Prinzipien der politischen und ökonomischen Freiheit, der parlamentarischen Demokratie und der Solidarität. Dieses politische Ziel will die RPRF auf demokratische Weise und durch substantielle Reformen erreichen. Innerhalb der Partei gibt es einander kritisierende liberale, sozial-demokratische und populistische Strömungen. Von einer einmal ins Auge gefaßten Vereinigung mit den russischen Sozialdemokraten kann nicht mehr die Rede sein. Trotzdem bildet die RPRF in einigen Sowjets mit den Sozialdemokraten gemeinsame Fraktionen, wie z. B. im Leningrader Stadtsowjet, wo sie zusammen zur stärksten Fraktion wurden.

Die neuen Parteien in der Ukraine

Die *Ukrainische Republikanische Partei* (URP) entstand am 29./30. April 1990 in Kiew aus den ukrainischen Helsinki-Gruppen. Mit rund 10 000 Mitgliedern und fester Verankerung in der Westukraine und im Donbass ist sie die stärkste und am besten organisierte unter den neuen demokratischen Parteien der Ukraine (Ukrainskaja respublikanskaja partija [URP], in: *Kommunist Ukrainy*, 5, 1991, S. 37–45). Die Mitgliederschaft besteht vor allem aus Arbeitern und Angestellten. Zunehmend treten auch Bauern in die Partei ein. Die Intellektuellen haben einen Mitgliederanteil von 30–35 Prozent. Unter den Mitgliedern fehlt die Jugend, die allgemein politisch passiv ist. Umfragen zufolge würde die URP bei Wahlen in ihren Hochburgen 60–70 Prozent der Stimmen bekommen, in den anderen Landesteilen allerdings bedeutend weniger. Zum Parteivorsitzenden wurde *Lewko Grigorjewitsch Lukjanenko* gewählt. Er wurde 1927 geboren und absolvierte nach einer neunjährigen Armeezeit 1958 die Juristische Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität. Insgesamt 26 Jahre war er inhaftiert. Heute gehört er dem Obersten Sowjet der Ukraine an. Frühere Dissidenten und politische Gefangene, die in der Helsinki-Bewegung aktiv waren, nehmen oft Führungsfunktionen in der URP wahr. Als zentrale Aufgabe hat die URP die rasche Verwirklichung der ukrainischen Unabhängigkeit auf ihre Fahnen geschrieben – freilich bei gleichzeitiger Betonung des „europäischen Entwicklungsweges“. In der Sicherheitspolitik tritt die URP für die Schaffung einer ukrainischen Berufsarmee ein.

Die *Sozial-demokratische Partei der Ukraine* (SDPU) entstand am 27. Mai 1990 in Kiew. Die für die Registrierung einer Partei geforderte Mindestmitgliederszahl von 3000 konnte die SDPU mit ihren 1300 Mitgliedern bisher noch nicht erreichen. Parteivorsitzender ist *Andrej Nosenko*, Jahrgang 1961 und von Beruf Ingenieur für Wärmeenergetik. Im Obersten Sowjet der Ukraine stellt die SDPU die Vorsitzenden des Parlamentsausschusses für Jugendfragen und des Unterausschusses für Wirtschaftsreformen. In ihrer Prinzipien Deklaration (Deklarazija prinzipow sozial-demokratow Ukrainy, in: *Kommunist Ukrainy*, 5, 1991, S. 51–59) fordert die SDPU die Annäherung an den Liberalismus. Geschaffen werden soll eine „politische, ökonomische und soziale Demokratie“.

Politische Demokratie bedeutet dabei vor allem politische Rechte und Freiheiten der Bürger, Mehrparteiensystem, Rechtsstaat und Freiheit für die Massenmedien. Die unabhängige Ukraine soll eine positive Rolle bei der Schaffung eines sicheren und prosperierenden Europa spielen.

In ihrer Partearbeit versteht sich die SDPU als eine völlig selbständige Partei, die weder als ukrainischer Landesverband der SDPR anzusehen noch in irgendeiner Weise von der SDPR abhängig ist. Analog zu den guten Beziehungen der SDPR zur RPRF unterstützt die Führung der SDPU ständige Kontakte zur PDWU. Es sollen provisorische Formen für ihre organisatorische Vereinigung ausgearbeitet werden.

Gegründet am 16./17. Juni 1990 in Kiew, knüpft die rund 1000 Mitglieder starke *Ukrainische Volks-Demokratische Partei* (UVDP) an die Traditionen der 1920 von den Bolschewiki liquidierten Ukrainischen Volksrepublik an. Sie pflegt entsprechend enge Kontakte zur ukrainischen Emigration im Westen. Geführt wird die UVDP von den vier Ko-Vorsitzenden *Arkadij Semenowitsch Kirejew* (Jahrgang 1947, Leiter des analytischen Zentrums der UVDP und am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Ukraine tätig), *Jelena Fedorowna Bondarenko* (Jahrgang 1955, Korrespondentin einer Betriebszeitung), *Timofej Timofejewitsch Solowko* (Jahrgang 1949, technische Hochschulbildung, zur Zeit Arbeitsplatzwechsel) und *Jewgenij Aleksandrowitsch Tschernyschow* (Jahrgang 1953, arbeitslos).

Die UVDP setzt sich für die Konstituierung historisch abgeleiteter Staatsstrukturen ein. Sie tritt für radikale Privatisierung in Landwirtschaft und Industrie ein, wobei die Betriebsangehörigen im Zeichen einer „Verschmelzung von Arbeit und Eigentum“ Anteile erwerben sollen. Das Streben der Partei nach nationaler Souveränität und Identität für die Ukraine ist nicht als nationalistische Absonderung gemeint, sondern mit einem klaren Bekenntnis zu Europa verbunden.

Die Vertreter der „Demokratischen Plattform in der KPdSU“ in der Ukraine gründeten am 1. Dezember 1990 in Kiew die *Partei der demokratischen Wiedergeburt der Ukraine* (PDWU). Die Mitgliederzahl der PDWU wurde mit 2340 angegeben (Partija demokratitscheskogo wosroschdenija Ukrainy [PDWU], in: *Kommunist Ukrainy*, 5, 1991, S. 110 ff.; Partija demokratitscheskogo wosroschdenija Ukrainy [Hg.], *Materialy utschreditelnogo sesda*. Kiew 1990). Auf dem Gründungsparteitag wurden sieben Ko-Vorsitzende gewählt: *Aleksandr Basilok* (1912 in Rußland geboren, Dozent für Philosophie an der Universität Donetzk), *Walerij Chmelko* (Jahrgang 1939, bis Mai 1990 Mitarbeiter des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der KP der Ukraine), *Wladimir Filenko* (Jahrgang 1955, absolvierte die Charkower Universität und arbeitete zuletzt als Parteisekretär einer Sowchose), *Wladimir Grinew* (Jahrgang 1945, Lehrstuhlleiter), *Aleksandr Jemez* (Jahrgang 1959, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kiewer Hochschule des Innenministeriums der UdSSR), *Sergej Lylyk* (Dozent am Lehrstuhl für Politologie des

Polytechnischen Instituts in Lemberg) und *Miroslaw Popowitsch* (Jahrgang 1930, Abteilungsleiter im Institut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der Ukraine und Präsident der Ukrainischen Philosophischen Gesellschaft).

Die PDWU arbeitet eng mit der RPRF zusammen. Grundsätzliche programmatische Unterschiede zur RPRF bestehen nicht. Allerdings betont das Programm der PDWU das Streben nach einem wirklich unabhängigen demokratischen souveränen ukrainischen Staat, der die Prinzipien des Humanismus, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, der Unverzichtbarkeit der Menschenrechte sowie die Vorherrschaft des Gesetzes respektiert.

Die *Demokratische Partei der Ukraine* (DPU) wurde am 15./16. Dezember 1990 in Kiew gegründet. (Demokratische partija Ukrainy [DemPU], in: *Kommunist Ukrainy*, 5, 1991, S. 120–128). Ende Juni konnte sich die DPU registrieren lassen, weil sie die Mindestmitgliederzahl von 3000, die das ukrainische Parteiengesetz für die Registrierung vorschreibt, erreicht hatte. Zwei Drittel der Parteimitglieder verteilen sich auf die östlichen und ein Drittel auf die westlichen Landesteile. 70 Prozent der DPU-Angehörigen sind Hochschulabgänger, aber es gibt unter ihnen auch Arbeiter und Bauern. Zum Parteivorsitzenden wurde der Literaturkritiker und Publizist *Jurij Badsjo* gewählt. Badsjo, Jahrgang 1936, absolvierte die Philologische Fakultät der Universität Uschgorod. Nach seiner Aspirantur am Literatur-Institut der Akademie der Wissenschaften der Ukraine arbeitete er als Redakteur im Verlag „Molod“. Wegen „anti-sowjetischer“ Tätigkeit wurde er aus der KPdSU ausgeschlossen und mußte unter Breschnew sieben Jahre Lager und drei Jahre Verbannung verbüßen. In ihrem Programm strebt die DPU die Schaffung eines demokratischen Rechtsstaates in der Ukraine an. Wirtschaftlich ist die DPU für die freie Entwicklung aller Eigentumsformen und für volle wirtschaftliche Unabhängigkeit der Ukraine als Voraussetzung für ihre politische Souveränität. Zur politischen Souveränität gehört auch eine unabhängige Außenpolitik, die den Interessen der UdSSR nicht widerspricht. Die Sowjetische Armee soll radikal verkleinert und in eine Berufarmee umgewandelt werden.

Parteien in Weißrußland

Die *Weißrussische Sozial-demokratische Partei* [Gromada] (WSDP) konstituierte sich am 2./3. März 1991 in Minsk neu. Sie möchte an die Traditionen der Sozialdemokratischen Partei Weißrußlands von 1903 anknüpfen. Damals wie heute geht es ihr um zwei zentrale Ziele: nationale Wiedergeburt des Landes und soziale Gerechtigkeit. Programmatisch tritt die Partei für die Schaffung eines sozialen Rechtsstaates und einer Bürgergesellschaft in einem unabhängigen Weißrußland ein (Materialy Utschreditelnogo Sesda Belorusskoj Sozial-Demokratischeskoj Gromady. Minsk 1991).

Die WSDP wurde im Mai 1991 registriert und zählt zur Zeit 900 Mitglieder. In ihr sind – im Gegensatz zu anderen demokratischen Parteien – relativ viele Arbeiter vertreten. Viele ihrer Mitglieder betätigen sich aktiv in den Streikkomitees. In ihren Reihen finden sich aber auch Betriebsdirektoren, Vertreter der technischen, weniger der künstlerischen Intelligenz, Juristen und Militärangehörige bis zum Dienstgrad eines Oberst. Zum Parteivorsitzenden wurde *Michas Tkatschow* gewählt. Die Partei konzentriert sich auf die parlamentarische Arbeit. Auf der kommunalen Ebene stellt die WSDP den Stellvertretenden Oberbürgermeister der weißrussischen Hauptstadt Minsk.

Die *Christlich-demokratische Union Weißrußlands* (ChDUW) bildete sich – ähnlich wie die WSDP – am 1. Juni 1991 als Neukonstituierung der im Mai 1917 gegründeten Christlich-demokratischen Partei Weißrußlands, deren letzte Führungsmitglieder 1937 erschossen wurden. Sie wird von den beiden Ko-Vorsitzenden *Pjotr Silko* (Kernphysiker) und *Michail Oreschko* geleitet. Ihrem Vorstand gehören orthodoxe, unierte, katholische und evangelische Geistliche an. Ziel der Partei ist die Wiedergeburt Weißrußlands als unabhängiger und eigenständiger Staat sowie seines geistigen und ethischen Potentials auf der Grundlage des Evangeliums. Die ChDUW betrachtet Weißrußland als Bestandteil der internationalen christlichen Gemeinschaft der Völker und seine vollständige Integration in Europa als einen längeren Prozeß. Da Weißrußland ein christliches Land ist, sieht die ChDUW für sich mittelfristig gute politische Chancen.

Die neuen demokratischen Parteien haben *wenig Mitglieder* und *kaum eine soziale Verankerung*. Die Menschen sind selten zur Mitarbeit in Parteien bereit, denn „Partei“, selbst wenn es sich nicht um eine kommunistische handelt, ist durch die KPdSU diskreditiert worden. Die neuen politischen Parteien sind eher Kopfgeburten. Typisch ist für sie, daß sie von Intellektuellen dominiert werden. Ihre Führer sind meistens Natur- oder Geisteswissenschaftler ohne politische Erfahrung. In ihren Programmen sind sich die neuen demokratischen Parteien sehr ähnlich, weil ihre Aussagen auf die Abwehr des Kommunismus und das Festschreiben der allgemeinen Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft mit Marktwirtschaft ausgerichtet sind und nicht auf die Darlegung von Lösungsvorschlägen für die konkreten brennenden Probleme. Nicht selten ist die Parteimitgliedschaft zufällig, auch für die wenigen Parteifunktionäre, die dann schon mal von einer Partei zur anderen in ihrer hauptberuflichen Tätigkeit überwechseln, weil ihnen die Konditionen oder die Parteiführer mehr zusagen.

Das alles ist den neuen demokratischen Parteien nicht vorzuwerfen, sondern nur festzustellen. Diese Parteien sind unter schwierigen Bedingungen entstanden in Ländern ohne längere demokratische politische Kultur und mit ganz anderen Problemen als die westeuropäischen Staaten. Die neuen politischen Parteien werden erst dann größeres politisches Gewicht erhalten, wenn sie die poli-

tischen Interessen verschiedener sozialer Gruppen vertreten, die es jetzt noch nicht gibt und die erst bei Zulassung des Privateigentums entstehen werden.

Die Rolle der demokratischen Bewegungen

Die Bewegung „Demokratisches Rußland“ (DR) entstand am 20./21. Januar 1990 als Wählerblock – so trägt z. B. DR in Swerdlowsk noch den Namenszusatz „Demokratische Wahl“. Sie hat heute 1,5 Millionen Mitglieder in dem Sinne, daß diese bereit sind, sich für Aktionen zur Verfügung zu stellen. Der DR gehören neben den relevanten demokratischen Parteien und neuen unabhängigen Gewerkschaften Wählerklubs und individuelle Mitglieder an. In politisch ruhigen Zeiten ist DR nach außen vergleichsweise weniger politisch aktiv, wenn von den wöchentlichen Sitzungen des 40köpfigen Koordinationsrates, des obersten Führungsgremiums von DR, abgesehen wird. Seine Mitglieder werden von den Basisgruppen ihrer Parteien entsandt und können auch nur von diesen abberufen werden. Der Koordinierungsrat faßt Mehrheitsbeschlüsse über die aktuelle politische Linie und die Vorbereitung konkreter Aktionen. Jede Partei und jede Person entscheidet dann für sich selbst, ob sie diesen Beschlüssen folgen möchte.

An der Spitze von DR stehen sechs Vorsitzende, die verschiedene politische Richtungen repräsentieren: *Jurij Afanassjew* (Jahrgang 1934, Volksdeputierter der UdSSR, Prof. und Rektor des Moskauer Staatlichen historischen Archiv-Instituts), *Arkadij Muraschow* (Jahrgang 1957, Spezialist für Hochtemperaturen, Mitglied des Komitees für Wissenschaft des Obersten Sowjet der UdSSR und kürzlich aus der DPR ausgetreten), *Gleb Pawlowitsch Jakunin* (Jahrgang 1934, Priester), *Wiktor Dmitrijew* (Jahrgang 1957, Deputierter des Volkskongresses der RSFSR und Ingenieur-Technologe in Leningrad) und *Lew Ponomarew* (Jahrgang 1941, Deputierter des Volkskongresses der RSFSR, Leitender Mitarbeiter des Instituts für theoretische und experimentelle Physik in Moskau und Mitbegründer der Vereinigung „Memorial“ zur Rehabilitierung der Stalin-Opfer). *Gawriil Popow* schied nach seiner Berufung zum Moskauer Oberbürgermeister, die durch die Wahl am 12. Juni 1991 bestätigt wurde, aus. DR führte den Wahlkampf für die demokratischen Kandidaten zur Wahl in den Volkskongreß der RSFSR mit dem Erfolg, daß sie ein Drittel der Mandate erringen konnte. Die Bewegung betrieb auch den Wahlkampf für Jelzins Präsidentschaft im Frühjahr 1991. Jelzin wollte sich nicht an DR binden, war aber auf DR als Wahlkampfmaschine angewiesen.

„Ruch“ („Bewegung“), im Sommer 1989 in der Ukraine entstanden, ist im Unterschied zu DR eher eine politisch-kulturelle Bewegung. Auch gehören ihr nicht alle ukrainischen demokratischen Parteien an. „Ruch“ wird vom Schriftsteller *Iwan Dratsch* geführt, Deputierter des Obersten Sowjet der Ukraine. Am stärksten hat sich

„Ruch“ durch die Forderung nach völliger Unabhängigkeit der Ukraine profiliert.

Die „Volksfront“-Bewegung (VF) in *Weißrußland* entstand Ende 1988 infolge der Entdeckung von Massengräbern Zehntausender von Stalin zwischen 1937 und 1941 Erschossener im Walde von Kuropaty nahe bei Minsk. Im Mai 1990 konnte die VF ihren Entwurf für die Souveränitätserklärung durchsetzen. Ein Jahr später hatte VF einen großen Anteil an der Vereitelung der Ausrufung des Ausnahmezustandes durch die Weißrussische KP. Im Unterschied zu den Bewegungen in Rußland und in der Ukraine hat die VF enge Verbindung zu den Streikkomitees der Betriebe.

Wer wird das Vakuum füllen?

Die demokratischen Parteien sind aus den demokratischen Bewegungen entstanden. Die Bewegungen sind eine Eigenschöpfung des Demokratisierungsprozesses in der Sowjetunion. Der Westen sollte dies als etwas Spezifisches respektieren, würdigen und nutzen. Die demokratischen Bewegungen entstanden aus der Notwendigkeit heraus, schnell und wirkungsvoll eine Massenbewegung aufzubauen, die gegen Machenschaften des noch nicht völlig beseitigten totalitären Systems protestiert wie z. B. gegen das gewaltsame und blutige Vorgehen gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen in Wilna und Riga im Januar 1991. Zugleich betrieben die demokratischen Bewegungen 1990 erfolgreich den Wahlkampf für die demokratischen Kandidaten zu den Wahlen zu den Volkskongressen und Obersten Sowjets. Die vorgezogenen Neuwahlen zu den Obersten Sowjets der Republiken dürften noch nicht nach Parteilisten, sondern wieder nach Kandidaten erfolgen. Die demokratischen Bewegungen, welche die demokratischen Parteien zusammenfassen, werden wohl wieder den Wahlkampf für die demokratischen Kandidaten führen.

Bei der Ende Juli von führenden demokratischen Politikern wie Schewardnase, Sobtschak, Jakowlew und Popow angekündigten Gründung einer „Vereinigten demokratischen Partei“ (VDP) handelt es sich nicht um eine Partei, sondern eine Bewegung, der wegen der Ähnlichkeit ihrer Programme die meisten demokratischen Parteien angehören sollen. Die VDP wird als Bewegung die Funktion eines Daches oder einer Parteienkonföderation haben. VDP kann nicht als eine unionsweite Bewegung gedacht sein, denn dann müßte sie scheitern. Während DR in seinen Zielsetzungen stärker von der Abwehr des totalitären Systems geprägt ist, könnte VDP zur konkreten politischen Gestaltung übergehen und – wenn sich die meisten demokratischen Parteien anschließen und ihr prominente Politiker vorstehen – zu einer bedeutenden politischen Gruppierung werden und das politische Vakuum in Rußland füllen helfen, das die KPdSU hinterläßt. Das inzwischen verstaatlichte Vermögen der KPdSU sollte nach einem Aufruf des Politischen Rates der „Bewegung für Demokratische Reformen“ u. a.

zur Finanzierung der Tätigkeit der neuen demokratischen Parteien verwendet werden (TASS russ. 1. 9. 1991). Es ist sehr wichtig, daß das ehemalige KPdSU-Vermögen nicht bei den staatlichen Organen der Republiken verbleibt, die es erhalten haben. Denn ohne ausreichende materielle Grundlage kann sich kein echtes Mehrparteiensystem entwickeln. Und ohne ein Mehrparteiensystem wird es

keine Demokratie geben. Die Gefahr einer populistischen Diktatur ist nicht von der Hand zu weisen. Die neuen politischen Führer der Republiken – so hört man von den neuen politischen Parteien –, die einmal Kommunisten waren, sind versucht, zu meinen, sie seien die Demokratie, und wer anders denkt, sei kein Demokrat.

Eberhard Schneider

„Der Grundansatz muß neu werden – das ganze Denken“

Ein Gespräch über das Bildungswesen in den neuen Bundesländern mit der thüringischen Kultusministerin Christine Lieberknecht

Mit dem Beginn des Schuljahrs 1991/92 trat das Schulwesen in den fünf neuen Bundesländern in eine neue Phase. Schulgesetze oder Schulreform- bzw. Vorschaltgesetze wurden in den vergangenen Monaten von den Landtagen verabschiedet und bilden die rechtliche Grundlage für seinen völligen Umbau. Aber damit ist nur ein erster Schritt getan: Von den Curricula bis zur Einführung neuer Schulformen, von der Eignungsüberprüfung der Lehrer bis zur Schaffung neuer Fächer bleibt kaum ein Stein auf dem anderen – und dies, während der Schulbetrieb weiterläuft. Über den Stand dieser Bemühungen sprachen wir mit der Kultusministerin des Landes Thüringen, Christine Lieberknecht (CDU). Bis zu ihrem Wechsel in die Politik war Frau Lieberknecht evangelische Pastorin. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Frau Ministerin Lieberknecht, betrachtet man die Situation des Schul- und Bildungswesens in den neuen Bundesländern zu Beginn des neuen Schuljahres, kommt es einem so vor, als müßte hier ein Frachtschiff auf hoher See und bei voller Fahrt zu einem Luxusliner umgebaut werden – also ohne die Möglichkeit, im Trockendock in aller Ruhe und mit der nötigen Gründlichkeit umgerüstet werden zu können. Wie macht man das eigentlich? Waren sechs Wochen Sommerferien ausreichend, um den gewünschten Schnitt vorzunehmen?

Lieberknecht: Es ist richtig, daß wir mit Beginn des neuen Schuljahres einen eindeutigen Schnitt zum vorausgegangenen Schuljahr vollziehen. Dieser Schnitt ist von der Bevölkerung und den politischen Parteien eindeutig gewollt. Wir hatten keine andere Wahl. Wir konnten ihn nicht weiter vor uns herschieben. Es mußte jetzt begonnen werden. Das bedingt natürlich, daß vieles parallel laufen muß. Zum einen die personelle Gestaltung des neuen Schulwesens – mit all den Problemen, die damit verbunden sind: vor allem die Überprüfung der Lehrerschaft, eine Forderung aus dem Einigungsvertrag. Alle Stellen im

öffentlichen Dienst müssen neu besetzt, die strukturellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Mit einem neuen Bildungswesen haben wir auch neue Schulen – das einheitliche Schulsystem mußte aufgefächert werden in verschiedene Schularten. Sosehr dieser Schnitt jedoch gewollt war, in der Praxis konnte es nicht ausbleiben, daß er auch Widerstände erzeugte, weil vieles notwendigerweise mit der Aufgabe von Gewohnheiten verbunden ist. Hinzu kommt die Frage, inwieweit dem einzelnen diese Veränderungen tatsächlich einsichtig sind und ob er sich ihnen freiwillig stellt. Inhalte müssen von einem völlig neuen Ansatz her entwickelt werden – das betrifft vor allem Fächer im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Neue Lehrpläne mußten ebenso erarbeitet wie neue Lehrbücher ausgewählt werden – und dies alles letztlich ohne eine funktionierende Landesverwaltung. Dies ist schon echte Pionierarbeit.

„Die eigentliche geistige Auseinandersetzung ist weitgehend ausgeblieben“

HK: Stimmt es, wenn gesagt wird: Wir stürzen uns in den neuen Bundesländern zwar auf die Curricula, die Lehrbücher, die Schul- und Bildungsgesetze, erledigen das, was pragmatisch machbar ist, aber vergessen den geistigen Hintergrund, ohne den das ganze ohne Fundament in der Luft hängt?

Lieberknecht: Vieles in der öffentlichen Diskussion – auch das, was an Fragen von Lehrer-Kollegen kommt – bezieht sich, das ist wahr, auf pragmatisch zu regelnde Dinge. Aber um so größer ist die Aufgabe und um so dringlicher der Versuch, das Wesentliche in den Blick zu bekommen, etwa das, was wir im Zusammenhang mit dem vorläufigen Bildungsgesetz genannt haben: eine freiheitliche Erziehung zu Individualität und Toleranz, die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, eine Erzie-